

Schmiedtbauer zu Tiertransporten: Maximales Tierwohl bei bestmöglicher Umsetzbarkeit garantieren

Utl.: Europäischer Rechnungshof bestätigt Vorreiterrolle Österreichs und entscheidende Rolle der Regionalität für mehr Tierwohl

Brüssel, 18.04.2023. „Die Diskussion um Tiertransporte wird sehr kontrovers geführt. Bei diesem emotionalen Thema ist es einfach, mit populistischen Aussagen Sympathiepunkte zu sammeln. Damit ist aber keinem Tier geholfen. Was wir brauchen sind Lösungen, die auch in der Praxis anwendbar sind und damit tatsächlich zu mehr Tierwohl auf Europas Straßen und Meeren beitragen. Der Europäische Rechnungshof hat dazu eine Studie veröffentlicht, die bestätigt, was Viehhalterinnen und Viehhalter ohnehin wissen: Das stärkste Instrument für weniger Tiertransporte und mehr Tierwohl ist der Griff zu regionalen Erzeugnissen im Supermarkt“, sagt ÖVP-Landwirtschaftssprecherin Simone Schmiedtbauer und bekräftigt daher ihre Forderung nach einer EU-weiten, verpflichtenden Herkunftskennzeichnung.

„Der Rechnungshof bestätigt außerdem, dass Österreich EU-weit zu den Musterschülern, etwa bei Kontrollen, gehört. Wir haben im vergangenen Jahr über zehnmal so viele Kontrollen durchgeführt wie von der EU vorgeschrieben. Damit ist klar, dass österreichische Produkte für höchste Tierwohlstandards stehen“, sagt Schmiedtbauer.

„Im Herbst wird die EU-Kommission einen neuen Vorschlag zu Regeln für Tiertransporte vorlegen. Ich erwarte mir von dem Vorschlag praxistaugliche Lösungen für die Bäuerinnen und Bauern. Wir dürfen nicht zulassen, dass die neuen Regeln durch ideologiegetriebene Forderungen für die Anwenderinnen und Anwender zur Bürde werden. Nur mit Hausverstand können wir das Tierwohl in ganz Europa nachhaltig verbessern. Österreich geht hier mit gutem Beispiel voran“, sagt Schmiedtbauer. „Im Untersuchungsausschuss für Tiertransporte im Europaparlament haben wir bereits sehr gute Vorschläge gemacht. Diese Vorschläge, die bereits von einer Mehrheit im Europaparlament angenommen wurden, sollten die Grundlage für die neue Gesetzesinitiative werden.“